

# Deutsche Konjunkturperspektiven 2007/2008: Aufschwung setzt sich fort<sup>1</sup>

*Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus\**

## Weltwirtschaftliches Umfeld

Im Frühjahr 2007 ist die Weltkonjunktur nach wie vor kräftig. Zwar ist das Expansionstempo nicht mehr ganz so hoch wie vor einem Jahr, vor allem, weil sich der Produktionsanstieg in den USA abgeschwächt hat. Die Weltwirtschaft befindet sich aber immer noch in einer Aufschwungphase, die mittlerweile schon recht lange andauert. Weiterhin hoch ist die Wachstumsdynamik in den Entwicklungs- und Schwellenländern, nicht zuletzt als Folge ihrer zunehmenden Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. In den Industrieländern ist der konjunkturelle Aufschwung in den vergangenen Jahren hingegen nicht ungewöhnlich stark gewesen.

Die konjunkturelle Verlangsamung in den USA hat bisher nicht auf andere Regionen übergreifen. Der Aufschwung im Euroraum und in Japan setzt sich fort. Ein Grund dafür liegt darin, dass die Geldpolitik dort immer noch expansiv wirkt. Auch hat die günstige Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten die Konjunktur weltweit beflügelt. Allerdings scheinen die Investoren seit Ende Februar etwas vorsichtiger zwischen Chancen und Risiken auf den Weltkapitalmärkten abzuwägen.

Die Sorge um Preisstabilität hält die amerikanische Notenbank gegenwärtig noch davon ab, ihre leicht restriktive Geldpolitik trotz schwächelnder Konjunktur zu lockern. Erst wenn sich ab Mitte dieses Jahres eine deutliche Beruhigung des Preisklimas abzeichnet, dürften die Leitzinsen in den USA gesenkt werden. Die Europäische Zentralbank (EZB) bereitet dagegen die Märkte gegenwärtig darauf vor, dass sie im Sommer die Zinsen ein weiteres Mal anheben wird.

In diesem und im kommenden Jahr wird sich die konjunkturelle Dynamik in den Industrieländern nach und nach angleichen: Im Euroraum verläuft der Aufschwung in moderaterem Tempo, denn die Finanzpolitik dämpft und die Geldpolitik regt kaum mehr an. Die Konjunktur in den USA wird dagegen ab Jahresmitte wohl langsam wieder Fahrt aufnehmen. Die Weltkonjunktur wird auch in diesem und im nächsten Jahr von der hohen Dynamik in den Schwellenländern gestützt.

Das Bruttoinlandsprodukt der Welt dürfte in diesem und im nächsten Jahr mit rund 3 1/4 % zulegen und damit immer noch deutlich schneller als im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre wachsen. Der Welthandel steigt in beiden Jahren um etwa 7 1/2 %. Der Prognose liegen ein Erdölpreis von 65 US-\$ pro Barrel und ein Wechselkurs

des Euro von 1,32 US-\$ in den Jahren 2007 und 2008 zugrunde.

Ein Risiko für die Weltkonjunktur ist, wie schon im Herbst vergangenen Jahres, die Entwicklung auf dem US-Immobilienmarkt. Sollte etwa ein markanter Rückgang der Immobilienpreise die Konsumnachfrage der privaten Haushalte stark in Mitleidenschaft ziehen, würde womöglich auch das Vertrauen von Finanzinvestoren in den Dollar und in Vermögensanlagen in den USA leiden – ein Vertrauen, auf das die US-Wirtschaft wegen ihres hohen Bedarfs an ausländischem Kapital angewiesen ist. Eine Rezession in den USA würde die Weltwirtschaft über die Interdependenzen der Finanzmärkte und über das hohe Importvolumen der USA rasch in Mitleidenschaft ziehen. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass in den vergangenen Jahren neue Finanzinstrumente Verbreitung gefunden haben, deren Verhalten im Konjunkturzyklus noch nicht erprobt ist. Ihr umfangreicher Einsatz hat wohl dazu beigetragen, dass die Bedingungen für den Aufschwung von Seiten der Finanzmärkte so günstig gewesen sind. Aber es ist nicht sicher, dass sich die Instrumente auch im Fall einer plötzlichen Verschlechterung des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes bewähren. Das gegenwärtige Ende des Booms auf den Immobilienmärkten in den USA ist so eine erste Bewährungsprobe, zumal innovative Finanzmarktinstrumente während des US-Immobilienbooms häufig eingesetzt wurden.

## Ausblick für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Es gibt eine Reihe von Faktoren, die hier wirken und sich gegenseitig verstärken. Ein wichtiger Grund ist die über Jahre andauernde Lohnzurückhaltung. In der Folge verbesserten sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Gewinnsituation der Unternehmen. In die gleiche Richtung wirkte, dass die Unternehmen nach dem Konjunktureenbruch im Jahr 2001 durch vielfältige Umstrukturierungsmaßnahmen ihre Rentabilität erhöht haben. Dies belastete zunächst den Arbeitsmarkt, im Zeitablauf wurden aber Investitionen zunehmend lohnender, und die Einstellung

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im ifo Institut für Wirtschaftsforschung München.

von Arbeitskräften wurde attraktiver. Anregend wirkte auch die kräftige Expansion der Weltwirtschaft.

Auf Basis dieser Diagnose rechnen die Institute damit, dass sich der Aufschwung in diesem Jahr fortsetzt. Allerdings wird das Expansionstempo geringer sein als im vergangenen Jahr. Ein wichtiger Grund ist der restriktive Kurs der Finanzpolitik, der den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um schätzungsweise  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt dämpfen wird. Auch schwenkt die EZB auf einen neutralen Kurs ein. Die Institute erwarten, dass die EZB die Leitzinsen im Sommer dieses Jahres um weitere 25 Basispunkte auf 4 % anheben wird. Jedoch stehen die monetären Rahmenbedingungen insgesamt einer schwungvollen konjunkturellen Expansion nicht entgegen, da die Kapitalmarktzinsen weiterhin im langfristigen Vergleich niedrig sind. Der Aufschwung wird zudem gestützt durch eine weiterhin moderate Lohnpolitik; zwar werden sowohl die Tarif- als auch die Effektivlöhne um rund 2 % und damit stärker steigen als im Vorjahr, doch wird die Zunahme der Arbeitskosten durch die Senkung der Lohnnebenkosten gemindert.

Im Durchschnitt des Jahres 2007 wird das reale Bruttoinlandsprodukt um voraussichtlich 2,4 % zunehmen. Der größere Wachstumsbeitrag kommt wie bereits im

Vorjahr von der Inlandsnachfrage. Dabei wird sich der private Konsum zunehmend erholen, denn die real verfügbaren Einkommen nehmen deutlich zu, vor allem als Folge des hohen Beschäftigungszuwachses. Auch dürften die Verbraucher die mittelfristigen Einkommens- und Beschäftigungsaussichten etwas günstiger einschätzen als bislang. Die Investitionstätigkeit bleibt rege; dabei werden die Unternehmen mehr und mehr bestrebt sein, ihre Produktionskapazitäten auszuweiten. Die Exporte werden die Konjunktur weiterhin stützen und die deutsche Wirtschaft dürfte ihren Weltmarktanteil in etwa halten. Mit der Fortsetzung des Aufschwungs wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter bessern; allerdings wird die Beschäftigung im Jahresverlauf deutlich langsamer zunehmen als im Vorjahr. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt erstmals seit 2001 unter der Marke von 4 Millionen liegen; sie dürfte gegenüber dem Jahr 2006 um etwa 700.000 auf rund 3,75 Mill. Personen abnehmen. Die Arbeitslosenquote wird um 1,6 Prozentpunkte auf 8,7 % sinken. Getrieben durch die höhere Mehrwertsteuer werden die Verbraucherpreise in diesem Jahr um 1,8 % höher sein als im Vorjahr (vgl. Tab. 1).

Im kommenden Jahr wird sich der Aufschwung fortsetzen. Dabei erwarten die Institute ein ähnlich hohes

**Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für Deutschland**

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>	-0,2	1,2	0,9	2,7	2,4	2,4
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)						
Westdeutschland <sup>b, c</sup>	-0,3	1,2	1,0	2,6	2,4	2,4
Ostdeutschland <sup>c</sup>	0,9	1,7	-0,2	3,0	2,4	2,4
Erwerbstätige <sup>d</sup> (in 1.000 Personen)	38.724	38.875	38.823	39.106	39.559	39.831
Arbeitslose (in 1.000 Personen)	4.377	4.381	4.861	4.487	3.767	3.465
Arbeitslosenquote <sup>e</sup> (in %)	10,2	10,1	11,1	10,3	8,7	8,0
Verbraucherpreise <sup>f</sup>						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,1	1,6	2,0	1,7	1,8	1,8
Lohnstückkosten <sup>g</sup>						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	-0,4	-1,1	-1,3	-0,1	1,5
Finanzierungssaldo des Staates <sup>h</sup>						
in Mrd. €	-87,0	-82,5	-72,6	-39,5	-13,3	0,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-4,0	-3,7	-3,2	-1,7	-0,6	0,0
Leistungsbilanzsaldo (in Mrd. €)	40,9	94,9	103,1	116,6	133,4	145,1

a) In Preisen des Vorjahres. – b) Einschließlich Berlin. – c) Rechenstand: Februar 2007; in Preisen des Vorjahres. – d) Im Inland. – e) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – f) Verbraucherpreisindex (2000=100). – g) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen. – h) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Deutsche Bundesbank; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

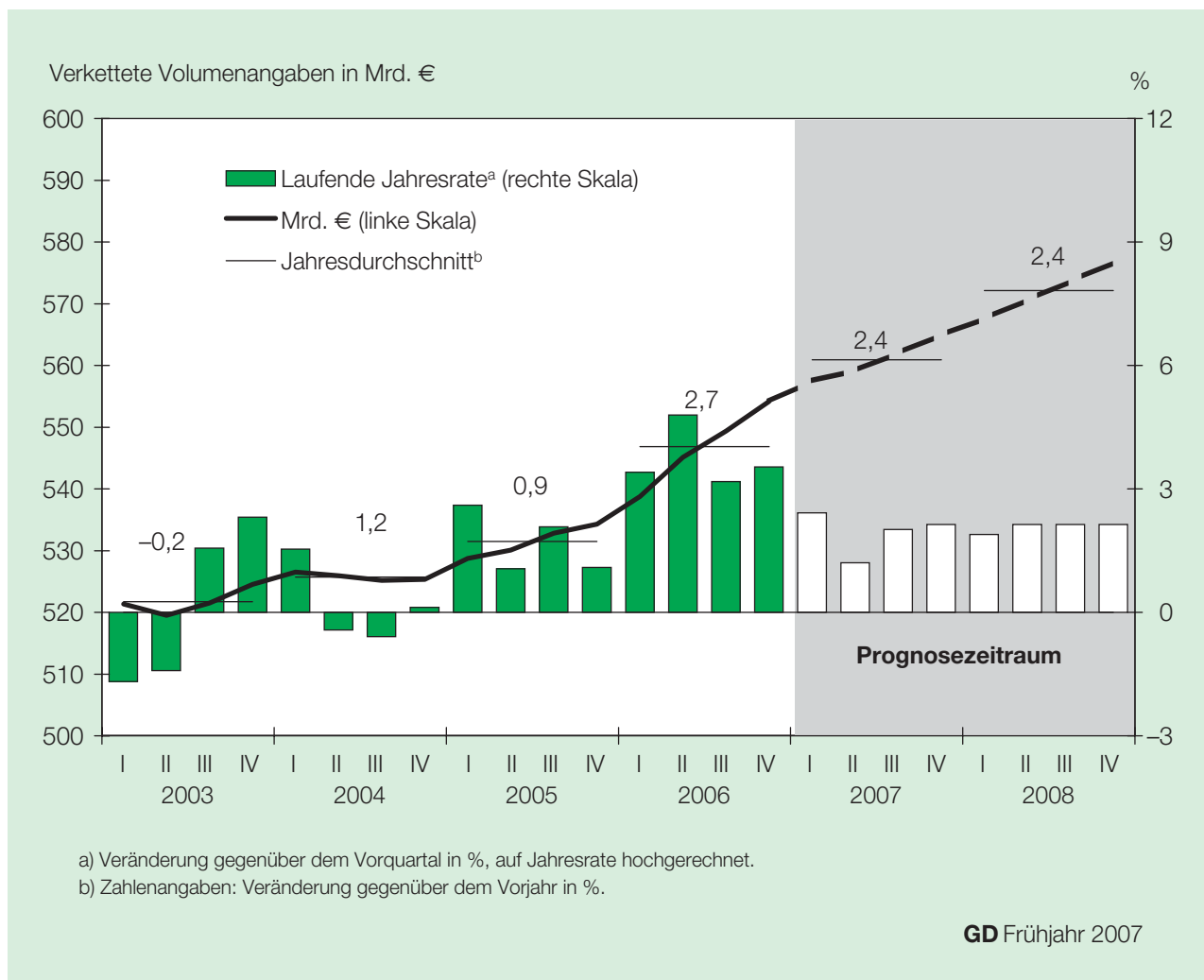
Expansionstempo wie im Verlauf des Jahres 2007. Die Finanzpolitik wird im Großen und Ganzen neutral ausgerichtet sein. Das Budgetdefizit des Staates wird konjunkturbedingt weiter zurückgehen; unter den hier getroffenen Annahmen ist sogar ein ausgeglichener Haushalt wahrscheinlich. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen bleibt eine wichtige Stütze für die gesamtwirtschaftliche Expansion. Hinzu kommt, dass die Bauinvestitionen die langjährige Talfahrt beendet haben. Den größten Wachstumsbeitrag jedoch leisten die privaten Konsumausgaben, die durch den kräftigen Beschäftigungs- und Einkommensanstieg angeregt werden; sie dürften um rund 2 % steigen und damit den höchsten Zuwachs seit dem Jahr 2001 aufweisen. Die Impulse aus dem Ausland bleiben kräftig. Im Jahresdurchschnitt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,4 % zunehmen, arbeitstäglich bereinigt um 2,1 %.

Die Zahl der Arbeitslosen wird langsamer als in diesem Jahr zurückgehen; im Jahresdurchschnitt dürfte sie

knapp 3,5 Mill. betragen. Etwas verstärken wird sich im Jahresverlauf der Preisanstieg. Die Lebenshaltung dürfte sich um 1,8 % verteuern. Zwar werden die Preiseffekte der Mehrwertsteuererhöhung ausgelaufen sein, der Auftrieb bei den Arbeitskosten dürfte sich aber beschleunigen. Die Institute rechnen damit, dass die Tarifabschlüsse per saldo die Beschäftigung nicht mehr fördern. Der höhere Kostenauftrieb beeinträchtigt auch die Unternehmensgewinne und die Rentabilität der Investitionen geht zurück. Die Inflationsrate ist nicht mehr nennenswert niedriger als im übrigen Euroraum. Anders als in den vergangenen Jahren gewinnt Deutschland kaum noch an preislicher Wettbewerbsfähigkeit.

Zu den Risiken für die Prognose aus dem internationalen Umfeld kommt hinzu, dass der Aufschwung binnenwirtschaftlich durch einen im Jahr 2008 deutlich höheren Lohnanstieg als hier unterstellt gefährdet werden kann. Die deutsche Wirtschaft würde an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Zudem würden sich

**Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt (Saison- und arbeitstäglich bereinigt)**



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute; ab I. Quartal 2007: Prognose der Institute.

höhere Inflationsrisiken ergeben; in der Folge würde die EZB die Zinsen stärker erhöhen. Alles in allem würden Konjunktur und Beschäftigung beeinträchtigt werden.

### Exkurs: Ostdeutschland

Auch in Ostdeutschland hat sich im vergangenen Jahr die wirtschaftliche Expansion beschleunigt. Nach vorläufigen amtlichen Angaben stieg das Bruttoinlandsprodukt in den ostdeutschen Flächenländern zusammengekommen mit 3 % sogar kräftiger als in den alten Bundesländern im Westen (2,6 %). Ausschlaggebend dafür war, dass die industrielle Wertschöpfung im Osten doppelt so stark gestiegen ist wie im Westen. Das verarbeitende Gewerbe hat seine Wettbewerbsposition im Vergleich zu Westdeutschland verbessert. So verringerte sich der Produktivitätsrückstand zuletzt auf 22 %, während die Durchschnittslöhne seit Jahren rund 33 % unter dem westdeutschen Niveau liegen. In der Folge konnte das verarbeitende Gewerbe seine Lieferungen auf den westdeutschen Markt und in das Ausland besonders kräftig steigern. Zudem expandierte die Bautätigkeit erstmals seit zehn Jahren. Sie hat von den Sondereffekten im Wohnungsbau und dem anziehenden Wirtschaftsbau profitiert. Hierbei spielte auch der westdeutsche Markt eine wichtige Rolle. Die Dienstleistungen haben mit 0,8 Prozentpunkten wieder verstärkt zum Produktionsanstieg beigetragen.

In diesem und dem kommenden Jahr dürfte die Industrie in den neuen Bundesländern dank der weiter zunehmenden Kostenvorteile im innerdeutschen Vergleich erneut stärker zulegen als in den alten Bundesländern. Im Baugewerbe zeichnet sich allerdings eine schwächere Entwicklung als in Westdeutschland ab. Die Auftragsbestände aus dem vergangenen Jahr haben zwar zu Jahresbeginn, auch dank der günstigen Witterung, nochmals für hohe Produktionszuwächse gesorgt; auch die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben nach Rückgängen im vierten Quartal zuletzt etwas angezogen. Die Impulse sind allerdings schwächer als in Westdeutschland und konzentrieren sich nur auf einzelne Sektoren. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität in den fünf ostdeutschen Flächenländern in diesem Jahr mit 2,4 % erneut nicht langsamer als im Westen zunehmen und im nächsten Jahr die kräftige Fahrt beibehalten.

Auch in Ostdeutschland hat sich die Lage am Arbeitsmarkt verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich um 0,5 %. Mit der gleichen Zuwachsrate stieg das geleistete Arbeitsvolumen. Dies ist ein Indiz dafür, dass in deutlich geringerem Umfang als bisher Vollzeitstellen durch Teilzeitjobs oder ausschließlich geringfügige

Beschäftigungsverhältnisse ersetzt wurden. Bemerkenswert ist, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse 2006 erstmals seit elf Jahren wieder gestiegen ist, im Verlauf des Jahres sogar mit einer höheren Rate als im Westen. Zuwächse gab es insbesondere im verarbeitenden Gewerbe und bei den unternehmensnahen Dienstleistern.

Der Beschäftigungsaufbau wird sich in diesem und dem nächsten Jahr fortsetzen. Die Arbeitsnachfrage der Unternehmen nimmt jedoch wegen des verlangsamten Produktionsanstiegs nicht mehr so stark wie im Vorjahr zu. Auch eine Ausdehnung von staatlich subventionierten Beschäftigungsverhältnissen ist in der Aufschwungphase nicht zu erwarten. Die Zahl der Ein-Euro-Jobs dürfte über das bisherige Niveau von etwa 104.000 nicht hinausgehen. Alles in allem wird die Beschäftigung im Jahr 2007 bei 5,68 Mill. liegen und den Vorjahresstand um knapp 0,9 % übertreffen. Im kommenden Jahr wird sie abermals um 0,6 % zulegen. Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm im Jahr 2006 um 108.000 Personen ab. Neben der Besserung der Beschäftigungssituation ist dies – wie bereits in den Vorjahren – auf Abwanderungen und den demographisch bedingten Rückgang des Arbeitsangebots zurückzuführen. Der Eintritt der geburtschwachen Jahrgänge um das Jahr 1990 in das erwerbsfähige Alter hält in diesem und dem kommenden Jahr an und kann die Zahl der Übergänge älterer Beschäftigter in das Rentenalter nicht ausgleichen. Insgesamt dürften in diesem Jahr 1,12 Mill. und im kommenden 1,07 Mill. Personen als Arbeitslose registriert sein. Die Arbeitslosenquote geht zwar zurück, bleibt aber mit etwa 15 % mehr als doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern (vgl. Tab. 2).

Insgesamt wächst die ostdeutsche Wirtschaft im Prognosezeitraum nicht kräftig genug, um gegenüber Westdeutschland nennenswert aufzuholen. Die Wirtschaftsleistung pro Einwohner steigt zwar, auch weil die Bevölkerungszahl sinkt, der Abstand gegenüber den alten Bundesländern verringert sich jedoch nur marginal. Die Pro-Kopf-Produktion liegt wenig verändert bei zwei Dritteln des westdeutschen Niveaus (vgl. Tab. 3).

### Zur Wirtschaftspolitik

Die gute Konjunktur sollte die Wirtschaftspolitik nicht dazu verleiten, in den Reformanstrengungen nachzulassen. Die Arbeitslosigkeit ist strukturell nach wie vor sehr hoch, und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist nicht abgeschlossen. Die Defizitquote Deutschlands dürfte zwar in diesem Jahr aufgrund konjunkturbedingter Mehreinnahmen und Minderausgaben, vor allem aber wegen der Erhöhung von Steuern und des Abbaus von

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland</b>						
Erwerbstätige Inländer	38.631	38.792	38.726	39.016	39.461	39.734
Arbeitnehmer	34.558	34.570	34.370	34.624	35.038	35.288
<i>darunter:</i>						
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>a</sup>	27.007	26.561	26.237	26.375	26.843	27.110
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte <sup>a</sup>	4.322	4.742	4.771	4.803	4.763	4.742
Zusatzjobs	–	12	225	293	275	266
Selbständige	4.073	4.222	4.356	4.392	4.423	4.446
<i>darunter:</i>						
Förderung der Selbständigkeit <sup>b</sup>	114	234	322	299	223	173
Pendlersaldo	93	83	97	90	98	97
Erwerbstätige Inland	38.724	38.875	38.823	39.106	39.559	39.831
Personen im erwerbsfähigen Alter <sup>c</sup>	55.596	55.359	55.063	54.756	54.523	54.453
Erwerbstätigenquote <sup>d</sup>	69,5	70,1	70,3	71,3	72,4	73,0
Arbeitslose	4.377	4.381	4.861	4.487	3.767	3.465
Arbeitslosenquote <sup>e</sup>	10,2	10,1	11,1	10,3	8,7	8,0
Arbeitslosenquote gemäß BA-Definition <sup>f</sup>	10,5	10,5	11,7	10,8	9,1	8,4
Erwerbslose <sup>g</sup>	3.703	3.931	3.893	3.432	2.820	2.595
Erwerbslosenquote <sup>h</sup>	8,7	9,2	9,1	8,1	6,7	6,1
<b>Westdeutschland<sup>i</sup></b>						
Erwerbstätige Inländer <sup>j</sup>	31.141	31.280	31.294	31.541	31.916	32.144
Personen im erwerbsfähigen Alter <sup>c</sup>	43.706	43.588	43.430	43.315	43.294	43.409
Erwerbstätigenquote <sup>d</sup>	71,3	71,8	72,1	72,8	73,7	74,0
Arbeitslose	2.753	2.783	3.247	3.007	2.462	2.220
Arbeitslosenquote <sup>e</sup>	8,1	8,2	9,4	8,7	7,2	6,5
Arbeitslosenquote gemäß BA-Definition <sup>f</sup>	8,4	8,5	9,9	9,1	7,6	6,9
<b>Ostdeutschland<sup>i</sup></b>						
Erwerbstätige Inländer <sup>j</sup>	7.490	7.512	7.432	7.475	7.545	7.590
Personen im erwerbsfähigen Alter <sup>c</sup>	11.890	11.771	11.633	11.441	11.229	11.044
Erwerbstätigenquote <sup>d</sup>	63,0	63,8	63,9	65,3	67,2	68,7
Arbeitslose	1.624	1.599	1.614	1.480	1.305	1.245
Arbeitslosenquote <sup>e</sup>	17,8	17,6	17,8	16,5	14,7	14,1
Arbeitslosenquote gemäß BA-Definition <sup>f</sup>	18,5	18,4	18,7	17,3	15,5	14,9

a) Berechnet als Durchschnitt der Monatswerte. – b) Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – c) Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. – d) Erwerbstätige Inländer in % der Erwerbsfähigen. – e) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer einschließlich Arbeitsloser). – f) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. – g) Definition der ILO. – h) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer einschließlich Arbeitsloser). – i) Westdeutschland: alte Bundesländer ohne Berlin, Ostdeutschland: neue Bundesländer einschließlich Berlin. – j) Ab 2005: Schätzung der Institute auf Basis der Länderergebnisse der Erwerbstätigenrechnung von Februar/März 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: Februar/März 2007), Institut der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

**Tabelle 3: Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland (Relationszahlen für Ostdeutschland (ohne Berlin), in jeweiligen Preisen)**

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
<b>Westdeutschland = 100</b>																
Bruttoinlandsprodukt																
nominal je Einw. <sup>a</sup>	33,6	41,2	50,5	57,3	60,6	62,7	63,1	62,6	63,3	63,1	63,8	65,6	66,7	67,6	67,0	67,9
Bauinvestitionen																
nominal je Einw. <sup>a</sup>	73,8	111,0	145,8	180,6	186,0	177,7	170,4	153,7	138,9	124,6	106,6	102,8	106,5	104,2		
Investitionen in neue Ausrüstungen u.a.																
nominal je Einw. <sup>a</sup>	58,3	69,8	90,5	103,4	105,0	104,0	94,1	92,3	90,1	85,2	72,0	64,0	63,0	68,6		
Arbeitnehmerentgelt																
je Arbeitnehmer <sup>a</sup>	49,8	62,0	69,2	72,3	74,8	75,4	75,7	75,9	76,6	76,8	76,9	77,0	77,2	77,4	77,4	77,5
je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer <sup>a</sup>								68,6	69,5	70,1	70,6	71,4	71,7	72,4	72,4	
Arbeitsproduktivität																
je Erwerbstätigen <sup>a, b</sup>	35,2	48,7	59,6	64,8	66,4	68,6	69,7	69,6	70,8	72,2	74,0	76,1	76,8	77,5	77,1	77,8
je Arbeitsstunde des Erwerbstätigen <sup>a, b</sup>								64,3	65,6	67,1	69,2	71,6	72,4	73,3	72,8	73,5
Lohnstückkosten <sup>a, c</sup>																
Basis Personen	141,4	127,5	116,2	111,5	112,7	109,9	108,7	109,1	108,2	106,4	103,9	101,2	100,5	99,9	100,5	99,6
Basis Stunden								106,7	106,0	104,4	102,1	99,61	99,1	98,8	99,4	
<b>Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</b>																
Bevölkerung <sup>a</sup>																
Ostdeutschland	–	–1,3	–0,7	–0,6	–0,4	–0,4	–0,3	–0,4	–0,5	–0,6	–0,8	–0,9	–0,8	–0,7	–0,7	–0,7
Westdeutschland	–	1,2	1,0	0,5	0,4	0,4	0,3	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,2	0,1	0,1	0,0
Erwerbstätige (Inland) <sup>a</sup>																
Ostdeutschland	–	–12,5	–2,6	2,6	2,1	–0,8	–1,3	0,2	0,2	–0,9	–1,6	–1,6	–1,1	0,2	–1,1	0,5
Westdeutschland	–	0,9	–1,1	–0,6	–0,1	–0,2	0,1	1,4	1,6	2,4	0,8	–0,4	–0,9	0,4	0,0	0,8
Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) <sup>a</sup>																
Ostdeutschland	–	–	–	–	–	–	–	–	–0,7	–2,4	–3,0	–3,1	–1,7	0,1	–1,3	0,5
Westdeutschland	–	–	–	–	–	–	–	–	0,8	1,2	–0,1	–1,1	–1,3	0,7	–0,3	0,7
a) Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin, für Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin. – b) Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsstunde der Erwerbstätigen). – c) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer (Arbeitsstunde der Arbeitnehmer) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsstunde der Erwerbstätigen).																

Quellen: Statistisches Bundesamt (Rechenstand: Februar 2007), Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Rechenstand: März 2007), Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: März 2007), Berechnungen der Institute.



Steuervergünstigungen nochmals deutlich sinken und im nächsten Jahr dürfte sogar ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Strukturell ist der Haushalt indes noch nicht ausgeglichen. Um einen über den Konjunkturzyklus gesehen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, muss die Finanzpolitik nicht nur Begehrlichkeiten insbesondere bei konsumtiven Ausgaben abwehren, sie muss im Gegenteil weiter bei den konsumtiven Ausgaben sparen. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil Spielräume entstehen müssen, um zum einen die Steuern und Abgaben erneut zu senken und zum anderen die qualitative Konsolidierung voranzubringen. Der Staat sollte seine investiven Ausgaben und deren effizienten Einsatz erhöhen, um die Wachstumschancen zu verbessern.

Die Steuerquote Deutschlands wird im Prognosezeitraum, ungeachtet der Senkungen der Unternehmenssteuern, wieder steigen. Das Ziel der **Finanzpolitik** sollte sein, mittelfristig die Lohn- und Einkommensteuer zu senken, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Aber auch bei den Unternehmensteuern besteht weiterhin Änderungsbedarf, da die Reform 2008 nicht sehr ehrgeizig ist. Auch verschlechtert die Abschaffung der degressiven Abschreibung für Ausrüstungsgüter für sich genommen die Investitionsbedingungen, da die Kapitalnutzungskosten steigen. Um die Sachkapitalbildung anzuregen, sollte die degressive Abschreibung nicht abgeschafft werden.

Die **Geldpolitik** sieht sich aufgrund der guten Konjunktur einem erhöhten Inflationsrisiko gegenüber. Während die Wirtschaft im übrigen Euroraum nur wenig rascher wächst als das Produktionspotenzial, wird in Deutschland die Outputlücke merklich positiv. Daher

dürfte die EZB etwaigen inflationären Tendenzen in Deutschland besondere Beachtung schenken. Erhöht sich der Preisanstieg im Euroraum kräftiger als von den Instituten prognostiziert, müsste sie die geldpolitischen Zügel stärker straffen, um eine Verletzung ihres Stabilitätsziels zu verhindern, zumal die Liquiditätsausstattung im Euroraum nach wie vor reichlich ist.

Das Preisklima wird in Deutschland im Prognosezeitraum auch von der **Tarifpolitik** beeinflusst. Die Beschäftigung fördern Tarifsteigerungen allerdings nur, wenn sie den beschäftigungsneutralen Verteilungsspielraum – der derzeit zwischen 2,5 und 3 % liegen dürfte – nicht vollständig ausschöpfen. Angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit ist dies gesamtwirtschaftlich geboten. Der guten Konjunktur können die Tarifparteien in Form von Einmalzahlungen Rechnung tragen. Zur Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt haben auch einige der Reformen der vergangenen Jahre beigetragen, etwa die Deregulierung der Leiharbeit und die Kürzung von Lohnersatzleistungen. Um die Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern, wären weitere Reformen des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik erforderlich. Diskutiert, und zum Teil umgesetzt, werden allerdings kontraproduktive Vorschläge, wie ein gesetzlicher Mindestlohn. Mindestlöhne sind entweder wirkungslos oder vernichten Arbeitsplätze.

<sup>1</sup> Gekürzte Fassung des „Frühjahrgutachtens“ der in der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Berlin, zusammengeschlossenen Institute, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 8/2007, S. 3ff.